



UNIVERSITÄT
HEIDELBERG
ZUKUNFT
SEIT 1386

MITTEILUNGSBLATT DES REKTORS

Nr. 7 / 2017
Seite 461 – Seite 518
Ausgabedatum: 29.06.2017

INHALT

Satzung zur Aufhebung der Gebührenordnung der Universität Heidelberg für den nicht-konsekutiven Masterstudiengang Biomedical Engineering	S. 463
Satzung zur Aufhebung der Gebührenordnung der Universität Heidelberg für den nicht-konsekutiven Masterstudiengang Translational Medical Research	S. 465
Magisterprüfungsordnung der Juristischen Fakultät der Universität Heidelberg für den Aufbaustudiengang für außerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes graduierte Juristen	S. 467
Satzung zur Änderung der Zulassungsordnung der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg für den postgradualen Studiengang Rechtswissenschaft für außerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes graduierte Juristen (Magister Legum – LL.M.)	S. 497
Zweite Satzung zur Änderung der Prüfungsordnung der Universität Heidelberg für den Bachelorstudiengang Sportwissenschaft	S. 501
Ordnung zur Regelung der Zusatzqualifikation „Informations- und Medienkompetenz“ an der Heidelberg School of Education	S. 513

Satzung zur Aufhebung der Gebührenordnung der Universität Heidelberg für den nicht-konsekutiven Masterstudiengang Biomedical Engineering

vom 26. Mai 2017

Auf Grund der §§ 2 Abs. 2 und 13 Abs.1 Landeshochschulgebührengesetz vom 1. Januar 2005 (GBI S.1, 56 ff.), zuletzt geändert durch Artikel 6 des 3. Hochschulrechtsänderungsgesetzes (3. HRÄG) vom 1. April 2014 (GBI. S. 167 f.), in Verbindung mit § 19 Abs. 1 Nr. 10 Landeshochschulgesetzes (LHG), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg und zur Änderung des LHG vom 23. Februar 2016 (GBI. vom 26. Februar 2016, S. 108) hat der Senat der Universität Heidelberg am 9. Mai 2017 die nachstehende Satzung beschlossen.

Der Rektor hat am 26. Mai 2017 seine Zustimmung erteilt.

Artikel 1

Mit dieser Satzung wird die Gebührenordnung der Universität Heidelberg für den nicht-konsekutiven Masterstudiengang Biomedical Engineering vom 11.11.2009 (Mitteilungsblatt des Rektors Nr. 3/2010, S. 81 vom 11.02.2010) mit Wirkung zum Beginn des Wintersemesters 2017/2018 aufgehoben.

Artikel 2

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung im Mitteilungsblatt des Rektors in Kraft.

Heidelberg, den 26. Mai 2017

gez. Prof. Dr. Dr. h.c. Bernhard Eitel
Rektor

Satzung zur Aufhebung der Gebührenordnung der Universität Heidelberg für den nicht-konsekutiven Masterstudiengang Translational Medical Research

vom 26. Mai 2017

Auf Grund der §§ 2 Abs. 2 und 13 Abs.1 Landeshochschulgebührengesetz vom 1. Januar 2005 (GBl S.1, 56 ff.), zuletzt geändert durch Artikel 6 des 3. Hochschulrechtsänderungsgesetzes (3. HRÄG) vom 1. April 2014 (GBl. S. 167 f.), in Verbindung mit § 19 Abs. 1 Nr. 10 Landeshochschulgesetzes (LHG), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg und zur Änderung des LHG vom 23. Februar 2016 (GBl. vom 26. Februar 2016, S. 108), hat der Senat der Universität Heidelberg am 9. Mai 2017 die nachstehende Satzung beschlossen.

Der Rektor hat am 26. Mai 2017 seine Zustimmung erteilt.

Artikel 1

Mit dieser Satzung wird die Gebührenordnung der Universität Heidelberg für den nicht-konsekutiven Masterstudiengang Translational Medical Research vom 11.11.2009 (Mitteilungsblatt des Rektors Nr. 3/10 S. 83) mit Wirkung zum Beginn des Wintersemesters 2017/2018 aufgehoben.

466

Universität Heidelberg
Mitteilungsblatt Nr. 7 / 2017
29.06.2017

Artikel 2

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung im Mitteilungsblatt des Rektors in Kraft.

Heidelberg, den 26. Mai 2017

gez. Prof. Dr. Dr. h.c. Bernhard Eitel
Rektor

Magisterprüfungsordnung der Juristischen Fakultät der Universität Heidelberg für den Aufbaustudiengang für außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes graduierte Juristen

vom 26. Mai 2017

Aufgrund von § 32 des Gesetzes über die Hochschulen in Baden-Württemberg (Landeshochschulgesetz – LHG), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg und zur Änderung des Landeshochschulgesetzes vom 23. Februar 2016 (GBl. vom 26. Februar 2016, S. 108), hat der Senat der Universität Heidelberg am 9. Mai 2017 die nachstehende Studien- und Prüfungsordnung der Juristischen Fakultät der Universität Heidelberg für den Studiengang Legum Magister für Internationale Studierende (LL.M.) beschlossen.

Der Rektor hat seine Zustimmung am 26. Mai 2017 erteilt.

Abschnitt I: Allgemeines

- § 1 Zweck des Studiums und der Prüfung
- § 2 Akademischer Grad
- § 3 Regelstudienzeit, Studienaufbau
- § 4 Module, Leistungspunkte
- § 5 Prüfungsausschuss und Wissenschaftlicher Beirat
- § 6 Prüfer und Beisitzer
- § 7 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen
- § 8 Rücktritt, Versäumnis, Fristüberschreitung und Täuschung
- § 9 Arten der studienbegleitenden Prüfungen
- § 10 Studienbegleitende mündliche Prüfungen
- § 11 Studienbegleitende schriftliche Prüfungen
- § 12 Bewertung der Prüfungsleistungen

Abschnitt II: Magisterprüfung

- § 13 Zulassungsvoraussetzungen zur Magisterprüfung
- § 14 Zulassungsverfahren
- § 15 Umfang und Art der Magisterprüfung
- § 16 Mündliche Magisterprüfung
- § 17 Magisterarbeit
- § 18 Abgabe und Bewertung der Magisterarbeit
- § 19 Bestehen der Magisterprüfung, Gesamtnote
- § 20 Wiederholung der Prüfungen, Fristen
- § 21 Magisterzeugnis und -urkunde

Abschnitt III: Schlussbestimmungen

- § 22 Ungültigkeit von Prüfungen
- § 23 Einsicht in die Prüfungsakten
- § 24 Inkrafttreten

Anlage 1: Module und Lehrveranstaltungen des Magisterstudiums

Abschnitt I: Allgemeines

§ 1 Zweck des Studiums und der Prüfung

- (1) Das Magisterstudium – ein postgraduales Aufbaustudium an der Juristischen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg – soll Studierende mit den Grundzügen der deutschen Rechtsordnung vertraut machen und ihre Kenntnisse in einem gewählten Rechtsgebiet, der Kriminologie oder einem der Grundlagenfächer – Rechtsgeschichte, Verfassungsgeschichte der Neuzeit, Rechtsphilosophie, Rechtssoziologie, Juristische Methodenlehre, Rechtsvergleichung oder Allgemeine Staatslehre – wissenschaftlich vertiefen.
- (2) Das Studium wird mit dem Abschluss eines allgemein rechtswissenschaftlich orientierten Legum Magister (LL.M.) abgeschlossen.
- (3) Durch die Magisterprüfung soll festgestellt werden, ob die Studierenden die Zusammenhänge ihres Faches überblicken und die Fähigkeiten besitzen, tiefer gehende wissenschaftliche Methoden und Erkenntnisse anzuwenden sowie nach wissenschaftlichen Grundsätzen selbständig zu arbeiten. Darüber hinaus soll der Erwerb der in Absatz 1 beschriebenen Kenntnisse nachgewiesen werden.
- (4) Die Zulassung zum Studium ist in einer gesonderten Zulassungsordnung geregelt.

§ 2 Akademischer Grad

Nach bestandener Magisterprüfung verleiht die Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, vertreten durch die Juristische Fakultät, den akademischen Grad eines Legum Magister (LL.M.).

§ 3 Regelstudienzeit, Studienaufbau

(1) Die Regelstudienzeit für den allgemein rechtswissenschaftlich orientierten Studiengang Legum Magister beträgt einschließlich der Zeit für die Magisterprüfung mit der Anfertigung der Magisterarbeit zwei Semester im einjährigen Studiengang.

(2) Der für den Abschluss des Magisterstudiums erforderliche Gesamtumfang beträgt 60 Leistungspunkte (LP/CP)

(3) Das Studium ist modular aufgebaut. Von den 60 Leistungspunkten entfallen:

1. 30 Leistungspunkte auf fachbezogene Lehrveranstaltungen,
2. 7 Leistungspunkte auf die mündliche Abschlussprüfung und
3. 23 Leistungspunkte auf die Magisterarbeit.

(4) Anrechnungsfähige Lehrveranstaltungen sind Vorlesungen, Seminare und Kolloquien, nicht dagegen Veranstaltungen mit propädeutischem Charakter, insbesondere Arbeitsgemeinschaften. Die Lehrveranstaltungen müssen von einem Professor¹, einem Privatdozenten, einem Lehrbeauftragten oder einem promovierten akademischen Mitarbeiter der Juristischen Fakultät gehalten werden. Ferner können sie nur angerechnet werden, wenn sie dem Zweck des § 1 entsprechen, sich also auf einen Gegenstand der deutschen Rechtsordnung einschließlich des supra- und internationalen Rechts, der Kriminologie sowie der Grundlagenfächer (§ 1 Absatz 1) beziehen.

¹ Alle Amts-, Status-, Funktions- und Berufsbezeichnungen, die in dieser Ordnung in männlicher Form erscheinen, betreffen gleichermaßen Frauen und Männer und können auch in der entsprechenden weiblichen Sprachform verwendet werden.

(5) Studierende müssen mit Erfolg an einem Seminar sowie an je einer Grundvorlesung im Zivilrecht und im Öffentlichen Recht (siehe Anlage) teilnehmen.

(6) Unterrichts- und Prüfungssprache ist grundsätzlich deutsch. Grundvorlesungen und Seminare werden in ausreichender Zahl in deutscher Sprache angeboten. Wenn darüber hinaus Veranstaltungen in einer anderen Sprache angeboten werden, schließt das deren Anrechenbarkeit nicht aus.

§ 4 Module, Leistungspunkte

(1) Ein Modul ist eine thematisch und zeitlich abgeschlossene Lehr- und Lerneinheit, die sich aus verschiedenen Lehrveranstaltungen zusammensetzen kann. Es umfasst nicht nur Lehrveranstaltungen, sondern auch Studienleistungen, die für die erfolgreiche Absolvierung eines Moduls notwendig sind.

(2) Die Magisterarbeit und die mündliche Abschlussprüfung bilden eigene Module.

(3) Es wird unterschieden zwischen Pflichtmodulen und Wahlmodulen.

(4) Pflichtmodule müssen von allen Studierenden absolviert werden.

(5) In Wahlmodulen können Studierende innerhalb des Modulangebotes des Faches wählen.

(6) Ein Modul ist bestanden, wenn alle Teilleistungen innerhalb des Moduls mit mindestens „ausreichend“ (4,0) bewertet worden sind (= Modulteilnoten).

(7) Für erfolgreich absolvierte Module mit ihren Teilleistungen werden Leistungspunkte vergeben. Ein Leistungspunkt entspricht einem zeitlichen Arbeitsaufwand für den Studierenden von 30 Stunden.

(8) Am Ende eines jeden Semesters wird auf Antrag eine Notenliste (Transcript of Records) mit allen bestandenen Modul(teil)prüfungen und den jeweiligen Leistungspunkten und Noten ausgestellt.

§ 5 Prüfungsausschuss und Wissenschaftlicher Beirat

(1) Für die Organisation der Prüfungen und die durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben ist ein Prüfungsausschuss zuständig. Er besteht aus einem Professor als Vorsitzendem, einem weiteren Professor sowie einem akademischen Mitarbeiter der Juristischen Fakultät. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter sowie das weitere Mitglied des Prüfungsausschusses werden vom Fakultätsrat auf jeweils zwei Jahre bestellt. Sie bleiben hiernach kommissarisch im Amt, bis der Fakultätsrat eine Neubestellung vorgenommen hat.

(2) Der Prüfungsausschuss achtet auf die Einhaltung der Prüfungsordnung und gibt Anregungen zur Weiterentwicklung des Studienplans und der Prüfungsordnung. Er bestellt die Prüfer und die Beisitzer. Der Prüfungsausschuss kann die Bestellung auf den Vorsitzenden übertragen. Er kann zu allen die Prüfungen betreffenden Fragen angerufen werden.

(3) Der Vorsitzende führt die Geschäfte des Prüfungsausschusses, dessen Sitzungen er vorbereitet und leitet. Bei Stimmengleichheit entscheidet seine Stimme.

(4) Der Prüfungsausschuss kann weitere Aufgaben aus seiner Zuständigkeit auf den Vorsitzenden widerruflich übertragen, soweit gesetzliche Bestimmungen nicht entgegenstehen. Der Prüfungsausschuss ist über die Erledigung dieser Aufgaben regelmäßig zu unterrichten.

- (5) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, den Prüfungen beizuwohnen.
- (6) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses sowie die Prüfer und Beisitzer sind zur Verschwiegenheit verpflichtet. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, sind sie durch den Vorsitzenden zur Verschwiegenheit zu verpflichten.
- (7) Ablehnende Entscheidungen des Prüfungsausschusses oder seines Vorsitzenden sind dem Kandidaten unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.
- (8) Die Juristische Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg kann einen Wissenschaftlichen Beirat einrichten, um den Prüfungsausschuss in wissenschaftlichen Angelegenheiten zu beraten. Die Berufung von Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirats erfolgt durch die Juristische Fakultät.

§ 6 Prüfer und Beisitzer

- (1) Zur Abnahme von Prüfungen, die nicht studienbegleitend zu einzelnen Lehrveranstaltungen durchgeführt werden, sind in der Regel nur Professoren(einschließlich außerplanmäßigen Professoren und Honorarprofessoren), Privatdozenten und Lehrstuhlvertreter befugt. Das gilt auch für Akademische Mitarbeiter und Räte, denen die Prüfungsbefugnis übertragen wurde. Akademische Räte, akademische Mitarbeiter sowie Lehrbeauftragte und Lehrkräfte für besondere Aufgaben können nur dann zu Prüfern bestellt werden, wenn nicht ausreichend Prüfungsberechtigte zur Verfügung stehen.
- (2) Zum Beisitzer kann nur bestellt werden, wer die Erste juristische Prüfung oder die Erste juristische Staatsprüfung oder außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes eine gleichwertige Prüfung abgelegt hat.

(3) Der Kandidat kann für die Magisterarbeit und für die mündliche Abschlussprüfung einen Prüfer vorschlagen. Ein Anspruch auf Zuweisung eines bestimmten Prüfers besteht nicht.

(4) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses sorgt dafür, dass dem Kandidaten die Namen der Erstgutachter sowie der mündlichen Prüfer rechtzeitig bekannt gegeben werden.

§ 7 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen

(1) Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen, die an anderen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen und Berufsakademien der Bundesrepublik Deutschland oder an ausländischen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen erbracht worden sind, werden anerkannt und angerechnet, sofern hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen kein wesentlicher Unterschied zu den Leistungen besteht, die ersetzt werden. Bei dieser Einschätzung ist in Betracht zu ziehen, ob Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in Inhalt, Umfang und in den Anforderungen denjenigen des Studiums des Legum Magister für Internationale Studierende an der Universität Heidelberg im Wesentlichen entsprechen.

(2) Dem Antragsteller obliegt es, die erforderlichen Informationen über die anzuerkennende Leistung bereitzustellen. Die Beweislast dafür, dass die Voraussetzungen für die Anerkennung nicht erfüllt sind, liegt beim Prüfungsausschuss oder dem Organ der Fakultät, an das er die Entscheidung nach Abs. 6 delegiert.

(3) Soweit Vereinbarungen und Abkommen der Bundesrepublik Deutschland mit anderen Staaten über Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich (Äquivalenzabkommen) Studierende ausländischer Staaten abweichend von Absatz 1 begünstigen, gehen die Regelungen der Äquivalenzabkommen vor.

- (4) Bei der Anerkennung oder Anrechnung ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung vorzunehmen.
- (5) Werden Studien- und Prüfungsleistungen angerechnet, sind die Noten bei vergleichbaren Notensystemen zu übernehmen und nach Maßgabe dieser Prüfungsordnung in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk „bestanden“ aufgenommen. Eine Kennzeichnung der Anrechnung im Zeugnis ist zulässig.
- (6) Die Entscheidungen nach dieser Vorschrift trifft der Prüfungsausschuss. Er kann die Entscheidung an seinen Vorsitzenden und in einfachen Fällen, welche nicht von Gegenständen einer bisherigen Entscheidungspraxis abweichen, auf den Fakultätsreferenten oder den Leiter des Fakultätsprüfungsamtes übertragen.
- (7) Außerhalb des Hochschulsystems erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten sind auf Antrag auf das Studium anzurechnen, wenn
1. zum Zeitpunkt der Anrechnung die für den Hochschulzugang geltenden Voraussetzungen erfüllt sind,
 2. die auf das Hochschulstudium anzurechnenden Kenntnisse und Fähigkeiten den Studien- und Prüfungsleistungen, die sie ersetzen sollen, nach Inhalt und Niveau gleichwertig sind und
 3. die Kriterien für die Anrechnung im Rahmen einer Akkreditierung überprüft worden sind.

Außerhalb des Hochschulsystems erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten dürfen höchstens 50 Prozent des Hochschulstudiums ersetzen. Die Kenntnisse und Fähigkeiten müssen durch aussagekräftige Zeugnisse im Original oder in beglaubigter Abschrift nachgewiesen werden.

§ 8 Rücktritt, Versäumnis, Fristüberschreitung und Täuschung

- (1) Eine Prüfungsleistung wird mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, wenn der Kandidat zu einem Prüfungstermin ohne triftigen Grund nicht erscheint oder wenn er nach Beginn der Prüfung ohne triftigen Grund zurücktritt. Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungsfrist erbracht wird, es sei denn, der Kandidat hat die Fristüberschreitung nicht zu vertreten.
- (2) Die Gründe für den Rücktritt oder das Versäumnis nach Absatz 1 sind dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich anzuzeigen und glaubhaft zu machen. Bei Krankheit des Kandidaten oder eines von ihm überwiegend allein zu versorgenden Kindes oder nahen Angehörigen ist ein ärztliches Attest vorzulegen. Bei Zweifel kann das Attest eines von der Universität benannten Arztes verlangt werden. Werden die Gründe anerkannt, wird ein neuer Prüfungstermin anberaumt. Die bereits vorliegenden Prüfungsergebnisse sind anzurechnen.
- (3) Bei der Entscheidung, ob die Überschreitung einer Frist für die Anmeldung oder Ablegung von Prüfungen von dem Kandidaten zu vertreten ist, hat der Prüfungsausschuss die Schutzbestimmungen entsprechend dem Mutterschutzgesetz und den gesetzlichen Bestimmungen über die Elternzeit zu beachten und deren Inanspruchnahme zu ermöglichen. Er hat ferner die Belastungen Studierender mit Kindern oder mit pflegebedürftigen Angehörigen im Sinne von § 7 Absatz 3 des Pflegezeitgesetzes sowie die Nachteile Studierender mit Behinderung oder chronischer Erkrankung zu berücksichtigen.
- (4) Unternimmt es der Kandidat, das Ergebnis der Prüfung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, so wird die Prüfung mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Dasselbe gilt, wenn eine Fristverlängerung durch Täuschung erlangt worden ist. Wird die Täuschung nach Abschluss des Prüfungsverfahrens entdeckt, gilt Satz 1 entsprechend. Eine ausgehändigte Urkunde ist einzuziehen. In schweren Fällen kann der Ausschluss von der Prüfung ohne Wiederholungsmöglichkeit erfolgen.

(5) Ein Kandidat, der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von dem Prüfer oder Aufsichtsführenden von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall wird die Prüfung mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. In schweren Fällen kann der Prüfungsausschuss den Kandidaten von weiteren Prüfungen ausschließen.

§ 9 Arten studienbegleitender Prüfungen

(1) Studienbegleitende Prüfungen erfolgen mündlich oder schriftlich.

(2) Macht der Kandidat durch ein ärztliches Attest glaubhaft, dass er wegen längerer oder ständiger gesundheitlicher Beeinträchtigung nicht in der Lage ist, die Prüfung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form zu erbringen, kann der Prüfungsausschuss gestatten, gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen. Entsprechendes gilt für Studienleistungen.

(3) Bei Beurlaubungen entsprechend den Regelungen des Mutterschutzes dürfen ausnahmsweise Studien- und Prüfungsleistungen auch in der Zeit der Beurlaubung erbracht werden.

§ 10 Studienbegleitende mündliche Prüfung

(1) In den mündlichen Prüfungen soll der Kandidat nachweisen, dass er die Zusammenhänge des Prüfungsgebietes erkennt und Einzelfragen in diese Zusammenhänge einordnen kann. Ferner soll festgestellt werden, ob der Kandidat über das im Studium zu erwerbende Grundlagenwissen verfügt.

(2) Die Dauer der mündlichen Prüfungen beträgt jeweils 10 Minuten.

§ 11 Studienbegleitende schriftliche Prüfungen

(1) In den schriftlichen Prüfungen soll der Kandidat nachweisen, dass er in begrenzter Zeit mit begrenzten Hilfsmitteln mit den gängigen Methoden des Faches eine Rechtsfrage erkennen und Wege zu deren Lösung finden kann.

(2) Die Dauer der Klausur beträgt nach Bestimmung des Prüfers zwischen 60 und 240 Minuten.

(3) Sofern eine schriftliche Prüfung in Form einer Hausarbeit – etwa als wissenschaftliche Ausarbeitung eines Seminarvortrags – erbracht wird, hat der Kandidat bei Abgabe der Hausarbeit schriftlich zu versichern, dass er:

1. die Hausarbeit selbständig verfasst hat,
2. keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel verwendet hat
sowie
3. zur Kenntnis genommen hat, dass ein Täuschungsversuch zur Bewertung der Arbeit als „nicht ausreichend“ und in schweren Fällen auch zum Ausschluss von der Prüfung ohne Wiederholungsmöglichkeit führen kann.

Die Erklärung ist eigenhändig zu unterzeichnen.

(4) Die Bewertung schriftlicher Prüfungsleistungen soll innerhalb von vier Wochen erfolgen.

§ 12 Bewertung der Prüfungsleistungen

(1) Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von den jeweiligen Prüfern festgesetzt. Für die Bewertung sind folgende Noten zu verwenden:

1	=	sehr gut	=	eine hervorragende Leistung
2	=	gut	=	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
3	=	befriedigend	=	eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
4	=	ausreichend	=	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel den Anforderungen noch genügt;
5	=	nicht ausreichend	=	eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

Es können Zwischenwerte durch Verringern oder Erhöhen der einzelnen Noten um 0,3 gebildet werden; die Note 0,7 und Zwischenwerte über 4,0 sind ausgeschlossen.

(2) Aus den ungerundeten Modulteilnoten wird eine Modulendnote entsprechend der Anzahl der Leistungspunkte gebildet. Ist in einem Modul eine Modulabschlussprüfung abzulegen, so bildet deren Note die Note für dieses Modul.

(3) Eine Modulendnote und die Gesamtnote der Magisterprüfung lauten:

bei einem Durchschnitt bis 1,5	sehr gut,
bei einem Durchschnitt von 1,6 bis 2,5	gut,
bei einem Durchschnitt von 2,6 bis 3,5	befriedigend,
bei einem Durchschnitt von 3,6 bis 4,0	ausreichend.

(4) Bei der Bildung der Modulendnoten und der Gesamtnote der Magisterprüfung wird nur die erste Stelle hinter dem Komma berücksichtigt, alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. Die Gesamtnote der Magisterprüfung wird gemäß § 19 Abs. 2 berechnet.

(5) Die Studierenden, die die entsprechende Prüfung erfolgreich abgelegt haben, erhalten zusätzlich zu der Abschlussnote nach deutschem System eine relative Note nach folgender Skala:

- A die besten 10 %
- B die nächsten 25 %
- C die nächsten 30 %
- D die nächsten 25 %
- E die nächsten 10 %

Als Grundlage für die Berechnung der relativen Note sind je nach Größe des Abschlussjahrgangs außer dem Abschlussjahrgang mindestens zwei vorhergehende Jahrgänge als Kohorten zu erfassen. Die ECTS-Note ist als Ergänzung für Studienabschlüsse obligatorisch; für einzelne Module kann sie – soweit dies möglich und ein entsprechender Bedarf gegeben ist – fakultativ ausgewiesen werden.

Abschnitt II: Magisterprüfung

§ 13 Zulassungsvoraussetzungen zur Magisterprüfung

- (1) Zu einer Magisterprüfung kann zugelassen werden, wer
 1. an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg für den Studiengang Legum Magister für internationale Studierende eingeschrieben ist und
 2. einen Prüfungsanspruch im Studiengang Legum Magister für internationale Studierende an dieser Fakultät oder in einem gleichwertigen allgemein rechtswissenschaftlichen Studiengang für internationale Studierende an einer anderen juristischen Fakultät hat.

- (2) Für die Zulassung zur Magisterarbeit sind ferner die Bescheinigungen über die bestandenen in Anlage aufgeführten Module 1 und 2 und Lehrveranstaltungen im Umfang der für diese Module vorgesehenen Leistungspunkte vorzulegen.

- (3) Der Kandidat kann die mündliche Abschlussprüfung erst nach Einreichung der Magisterarbeit beim Dekanat der Juristischen Fakultät (s. § 18 Abs. 1) ablegen.

§ 14 Zulassungsverfahren

- (1) Der Antrag auf Zulassung ist schriftlich an den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten. Dem Antrag sind beizufügen:
1. die Nachweise über die in § 13 Abs. 1 und 2 genannten Zulassungsvoraussetzungen,
 2. eine Erklärung darüber, ob der Kandidat in einem Studiengang Legum Magister für internationale Studierende einer anderen Fakultät eine Magisterprüfung nicht bestanden hat oder sich in einem Prüfungsverfahren eines solchen Studiengangs befindet.
- (2) Kann der Kandidat die erforderlichen Nachweise nicht in der vorgeschriebenen Weise beibringen, so kann der Prüfungsausschuss gestatten, die Nachweise auf eine andere Art zu führen.
- (3) Über den Zulassungsantrag entscheidet der Prüfungsausschuss. Eine Ablehnung ist schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.
- (4) Der Antrag auf Zulassung darf nur abgelehnt werden, wenn
1. die Voraussetzungen von § 13 Abs. 1 oder 2 nicht erfüllt sind oder
 2. die Unterlagen nach Abs. 1 oder Abs. 2 unvollständig sind und trotz Aufforderung nicht vervollständigt wurden oder
 3. der Kandidat die Prüfung im Studiengang Legum Magister für internationale Studierende endgültig nicht bestanden oder keinen Prüfungsanspruch mehr hat oder
 4. der Kandidat sich in einem Prüfungsverfahren eines solchen Studiengangs einer anderen Fakultät befindet.

§ 15 Umfang und Art der Magisterprüfung

- (1) Die Magisterprüfung besteht aus
 1. der erfolgreichen Teilnahme an den in Anlage 1 aufgeführten Modulen und Lehrveranstaltungen,
 2. der Magisterarbeit,
 3. der mündlichen Abschlussprüfung.

- (2) Die Prüfungen zu Abs. 1 Nr. 1 erfolgen schriftlich oder mündlich in der jeweiligen Lehrveranstaltung. Die Art und Dauer der Prüfungsleistung bestimmt der Leiter der Lehrveranstaltung und wird grundsätzlich zu Beginn der Lehrveranstaltung, spätestens drei Wochen nach Beginn der Vorlesungszeit bekanntgegeben.

- (3) § 9 Abs. 2 gilt entsprechend.

§ 16 Mündliche Magisterprüfung

- (1) Die mündliche Abschlussprüfung soll zeigen, dass der Kandidat die Zusammenhänge des Prüfungsgebietes erkennt und Einzelfragen in diese Zusammenhänge einordnen kann. Ferner soll festgestellt werden, ob der Kandidat über ein breites Grundlagenwissen sowie über Vertiefungswissen in eingegrenzten Themen des Prüfungsgebietes verfügt.

- (2) Die mündliche Abschlussprüfung wird von zwei Prüfern aus dem Kreise der Professoren und Privatdozenten abgelegt. Der zweite Prüfer kann auch ein promovierter akademischer Mitarbeiter oder ein promovierter akademischer Rat sein, dem die Prüfungsbefugnis übertragen wurde.

- (3) Zur mündlichen Abschlussprüfung können Studierende des postgradualen rechtswissenschaftlichen Studiengangs Legum Magister für internationale Studierende im Rahmen der räumlichen Kapazitäten als Zuhörer zugelassen werden. Die Zulassung kann auch unmittelbar vor der Prüfung erfolgen. Über die Zulassung nach Satz 2 entscheiden die Prüfer. Die Zulassung erstreckt sich nicht auf die Beratung und die Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse. Auf Antrag des Kandidaten oder aus wichtigen Gründen ist die Öffentlichkeit auszuschließen; auf Wunsch des Kandidaten soll die Öffentlichkeit (Satz 1) in der Regel zugelassen werden. Der Termin der mündlichen Abschlussprüfung muss nicht öffentlich bekanntgegeben werden.
- (4) Die Prüfung dauert für jeden Kandidaten etwa eine halbe Stunde. Es können höchstens drei Kandidaten in einem Termin geprüft werden. Prüfungssprache ist Deutsch.
- (5) Gegenstand der Prüfung ist das Rechtsgebiet der Magisterarbeit. Die Prüfung kann sich auf benachbarte Rechtsgebiete erstrecken, soweit es nicht um Einzelwissen, sondern um Verständnis und Methode geht.
- (6) Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der mündlichen Abschlussprüfung sind in einem Protokoll festzuhalten. Das Ergebnis ist dem Kandidaten im Anschluss an die Prüfung bekannt zu geben.

§ 17 Magisterarbeit

- (1) Die Magisterarbeit soll zeigen, dass der Kandidat in der Lage ist, innerhalb der vorgegebenen Frist eine Frage aus dem gewählten Rechtsgebiet, der Kriminologie oder dem gewählten Grundlagenfach (§ 1 Absatz 1) selbständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten.
- (2) Die Magisterarbeit kann von Professoren (einschließlich Honorarprofessoren und außerplanmäßigen Professoren) sowie von Privatdozenten der Juristischen Fakultät ausgegeben und betreut werden.
- (3) Das Thema der Arbeit wählt der Kandidat im Einvernehmen mit dem Professor oder Privatdozenten, der sich zur Betreuung der Arbeit bereit erklärt hat. Der Betreuer teilt sein Einverständnis mit dem Thema dem Prüfungsausschuss der Juristischen Fakultät schriftlich mit. Auf Antrag sorgt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dafür, dass der Kandidat rechtzeitig ein Thema für die Magisterarbeit erhält. Die Ausgabe des Themas erfolgt über den Prüfungsausschuss der Juristischen Fakultät. Der Zeitpunkt der Ausgabe ist aktenkundig zu machen.
- (4) Die Bearbeitungsfrist beträgt viereinhalb Monate. In begründeten Ausnahmefällen kann der Prüfungsausschuss die Frist verlängern; die verlängerte Bearbeitungszeit darf grundsätzlich nicht mehr als insgesamt sechs Monate betragen. Der Prüfungsausschuss kann die Entscheidung über Verlängerungsanträge an seinen Vorsitzenden und bei einfachen Fällen auf den Fakultätsreferenten oder den Leiter des Fakultätsprüfungsamtes übertragen. Wird die Bearbeitungsfrist nicht eingehalten, wird die Arbeit als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, es sei denn, der Kandidat hat die Fristüberschreitung nicht zu vertreten.

(5) Thema, Aufgabe und Umfang der Magisterarbeit sind durch den Betreuer so zu begrenzen, dass die Bearbeitungsfrist eingehalten werden kann. Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb des ersten Monats der Bearbeitungsfrist zurückgegeben werden.

(6) Die Magisterarbeit ist in deutscher Sprache anzufertigen.

(7) Die Arbeit soll eine Zusammenfassung enthalten.

§ 18 Abgabe und Bewertung der Magisterarbeit

(1) Die Magisterarbeit ist vorbehaltlich anderer Bestimmung spätestens um 15.30 Uhr des letzten Tages der Abgabefrist in zwei Exemplaren schriftlich und auf Datenträger in der Dekanatsverwaltung einschließlich des Prüfungsamts der Juristischen Fakultät einzureichen. Posteingang bis zu dieser Zeit genügt dem Erfordernis. Der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen.

(2) Bei der Abgabe der Magisterarbeit hat der Kandidat schriftlich zu versichern, dass er:

1. die Arbeit selbst verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel verwendet hat, ferner,
2. die Arbeit in dieser oder einer anderen Form nicht bereits einer anderen Fakultät oder einem Mitglied derselben vorgelegt hat und
3. sie nicht bereits anderweitig als Prüfungsarbeit bei einer akademischen oder Staatsprüfung verwendet hat; ferner, dass er
4. damit einverstanden ist, dass die Arbeit mit einer Plagiatssoftware geprüft und zu diesem Zwecke elektronisch versandt und extern – auch außerhalb des Bundesgebietes – gespeichert wird, schließlich, dass er

5. zur Kenntnis genommen hat, dass ein Täuschungsversuch zur Bewertung der Arbeit als „nicht ausreichend“ und in schweren Fällen auch zum endgültigen Ausschluss von der Prüfung ohne Wiederholungsmöglichkeit führen kann.

Diese Versicherung muss eigenhändig unterzeichnet sein.

(3) Die Magisterarbeit wird von zwei Prüfern bewertet, von denen einer Professor im Sinne des § 6 oder Privatdozent sein muss. Der erste Prüfer soll der Betreuer der Arbeit sein. Der zweite Prüfer wird vom Prüfungsausschuss bestimmt; er kann auch ein promovierter akademischer Mitarbeiter oder ein promovierter akademischer Rat sein, dem die Prüfungsbefugnis übertragen wurde.

(4) Die Gutachten sollen innerhalb eines Monats erstattet werden.

(5) Die Note ergibt sich aus dem arithmetischen Mittel beider Bewertungen; § 12 gilt entsprechend. Bei Abweichungen von mehr als einer Note setzt der Prüfungsausschuss nach Anhören beider Prüfer die Note der Magisterarbeit fest. Er kann in diesen Fällen einen dritten Prüfer hinzuziehen.

§ 19 Bestehen der Magisterprüfung, Gesamtnote

(1) Die Magisterprüfung ist bestanden, wenn alle Prüfungsleistungen nach § 15 Abs. 1 jeweils mit mindestens „ausreichend“ (4,0) bewertet worden sind.

(2) Für die Berechnung der Gesamtnote der Magisterprüfung nach § 12 Abs. 3 werden die Modulnoten mit ihrem numerischen Wert vor einer Rundung nach § 12 Abs. 3 herangezogen und entsprechend ihrer Leistungspunktzahl gewichtet.

§ 20 Wiederholung der Prüfungen, Fristen

- (1) Nichtbestandene Prüfung können einmal wiederholt werden. § 8 Absatz 4 bleibt unberührt. Eine Wiederholungsprüfung soll spätestens 6 Wochen nach dem ursprünglichen Prüfungstermin durchgeführt werden. Kann die Wiederholung aus Gründen, welche der Studierende zu vertreten hat, nicht innerhalb von sechs Wochen nach dem ursprünglichen Prüfungstermin durchgeführt werden, so gilt sie als erneut nicht bestanden.
- (2) Die Wiederholung einer bestandenen Prüfung ist nicht möglich.
- (3) Das endgültige Nichtbestehen eines Moduls führt zum Ausschluss aus dem Studium und zum Verlust des Prüfungsanspruchs.

§ 21 Magisterzeugnis und -urkunde

- (1) Über die bestandene Magisterprüfung wird ein Zeugnis ausgestellt, das die Bezeichnung der einzelnen Module mit den in ihnen erzielten Noten (Note nach § 12 Abs. 3 und numerischer Wert) sowie zugeordnete Leistungspunkte, das Thema und die Note der Magisterarbeit und die Gesamtnote der Magisterprüfung enthält. Das Zeugnis trägt das Datum, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht worden ist und ist vom Studiendekan und vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen.
- (2) Dem Zeugnis wird eine den Studiengang erläuternde Anlage „Diploma Supplement“ in deutscher und englischer Sprache beigefügt, das Informationen über Studieninhalte und Studienverlauf enthält und sich an den im „European Diploma Supplement Model“ festgelegten Rahmen hält.

(3) Gleichzeitig mit dem Zeugnis wird eine zweisprachig in deutscher und englischer Sprache gefasste Magister-Urkunde mit dem Datum des Zeugnisses ausgehändigt. Darin wird die Verleihung des akademischen Grades „Legum Magister (LL.M.)“ beurkundet. Die Urkunde wird vom Dekan der Juristischen Fakultät und vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet und mit dem Siegel der Fakultät versehen. Das Thema der Magisterarbeit wird nicht ins Englische übersetzt.

(4) Ist die Magisterprüfung endgültig nicht bestanden, so erteilt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses hierüber einen schriftlichen Bescheid, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehen ist.

Abschnitt III: Schlussbestimmungen

§ 22 Ungültigkeit von Prüfungen

(1) Wird nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, dass der Kandidat in einer Prüfung getäuscht hat, so kann der Prüfungsausschuss die Noten für diejenigen Prüfungen, in denen getäuscht worden ist, berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2) Wird nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, dass die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt waren, ohne dass der Prüfling hierüber täuschen wollte, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Wurde die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so entscheidet der Prüfungsausschuss.

(3) Dem Kandidaten oder dem Absolventen ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(4) Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls ein neues Zeugnis zu erteilen. Mit dem unrichtigen Prüfungszeugnis ist auch die zugehörige Magisterurkunde einzuziehen, wenn die Prüfung aufgrund einer Täuschung für „nicht bestanden“ erklärt wurde. Eine Entscheidung nach Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 ist fünf Jahre nach dem Datum des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.

§ 23 Einsicht in die Prüfungsakten

Nach Abschluss des Prüfungsverfahrens wird Absolventen auf schriftlichen Antrag in angemessener Frist Einsicht in die Prüfungsunterlagen gewährt. Der Antrag ist innerhalb eines Jahres nach Abschluss des Prüfungsverfahrens zu stellen. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestimmt Zeit und Ort der Einsichtnahme.

§ 24 Inkrafttreten

Diese Prüfungsordnung tritt am ersten Tag des auf die Veröffentlichung im Mitteilungsblatt des Rektors folgenden Monats in Kraft.

§ 25 Übergangsvorschrift

- (1) Auf Studierende, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Satzung das Studium bereits aufgenommen haben, ist das Recht, das unmittelbar vor Inkrafttreten dieser Satzung galt, anwendbar, wenn sie das Studium vor dem 30.9.2019 abschließen. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Aufnahme des Studiums ist Beginn der Vorlesungszeit des ersten Fachsemesters.

- (2) Studierende, die unter diese Regelung fallen, können durch Antrag zum neuen Prüfungsrecht wechseln. Der Antrag ist in der Dekanatsverwaltung einzureichen.

- (3) § 7 gilt entsprechend.

Heidelberg, den 26. Mai 2017

gez. Prof. Dr. Dr. h.c. Bernhard Eitel
Rektor

Anlage: Module und Lehrveranstaltungen des LL.M.-Studiums (post-gradualer Master-Studiengang Legum Magister für internationale Studierende)

Module und Lehrveranstaltungen des Magister-Legum-Programms für internationale Studierende (LL.M.) (insgesamt 60 Leistungspunkte [LP])

I. Modul Pflichtveranstaltung I: Bürgerliches Recht

Grundvorlesung/en im Bürgerlichen Recht jeweils mit Aufsichtsarbeit (Klausur) oder mündlicher Prüfung:

Entweder:

Variante a.

Grundkurs Zivilrecht I plus Prüfung 6 SWS

oder:

Variante b.

Grundkurs Zivilrecht II plus Prüfung 4 SWS
und zusätzlich

entweder Sachenrecht I (Mobiliarsachenrecht) plus Prüfung
oder Sachenrecht II (Immobiliarsachenrecht) plus Prüfung 2 SWS

8 LP

II. Modul Pflichtveranstaltung II: Öffentliches Recht

Grundvorlesung im Öffentlichen Recht
mit Aufsichtsarbeit (Klausur) oder mündlicher Prüfung:

Entweder:

Variante a.

Grundkurs Verfassungsrecht I (Staatsorganisationsrecht
einschließlich internationaler Bezüge) 4 SWS

oder:

Variante b.

Grundkurs Verfassungsrecht II (Grundrechte) 4 SWS

oder:

Variante c.

Verwaltungsrecht, Allgemeiner Teil 4 SWS

5 LP

III. Modul Pflichtveranstaltung III: Seminar

Seminar à mindestens 2 SWS plus Prüfung **3 LP**

IV. Modul Wahlveranstaltungen

Wahlweise:

Weitere Vorlesung/en und / oder

Seminare und / oder

zusätzliche wissenschaftliche Ausarbeitung zu Modul III (2 LP)

Kolloquien

der Juristischen Fakultät

jeweils mit schriftlicher oder
mündlicher Prüfung

im Umfange von:

14 LP.

Dabei gilt für die Anrechnung:

1 Seminar mit Vortrag und wissenschaftlicher Ausarbeitung wird mit 5 LP angerechnet.

Bei Lehrveranstaltungen à 1 SWS, 2 SWS oder 3 SWS mit lediglich mündlicher Prüfung oder schriftlicher Klausur (Aufsichtsarbeit) wird bei der Berechnung der LP zur Zahl der Semester-Wochenstunden, welche den mit der Kontaktzeit verbundenen Arbeitsaufwand darstellt, die weitere Zahl 1 für den zusätzlich mit der Prüfungsleistung verbundenen Arbeitsaufwand addiert; bei Lehrveranstaltungen à 4 oder mehr SWS an Kontaktzeit wird bei der Berechnung der LP zur Zahl der Semesterwochenstunden für den Arbeitsaufwand 2 addiert.

Rechenbeispiele: 2 SWS Vorlesung Besonderes Verwaltungsrecht I plus Klausur oder mündliche Prüfung: $2 + 1 = 3$ LP; 6 SWS Vorlesung Grundkurs Zivilrecht II plus Klausur oder mündliche Prüfung: $6 + 2 = 8$ LP.

495

Universität Heidelberg
Mitteilungsblatt Nr. 7 / 2017
29.06.2017

V. Modul Magisterarbeit

23 LP

VI. Modul Mündliche Magisterprüfung

7 LP

496

Universität Heidelberg
Mitteilungsblatt Nr. 7 / 2017
29.06.2017

Satzung zur Änderung der Zulassungsordnung der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg für den postgradualen Studiengang Rechtswissenschaft für außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes graduierte Juristen (Magister Legum – LL.M.)

vom 26. Mai 2017

Auf Grund von §§ 63 Abs. 2, 60 Abs. 2 Nr. 2, 29 Abs. 2, 19 Abs. 1 Nr. 10 und 59 Absatz 1 des Landeshochschulgesetzes (LHG), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg und zur Änderung des LHG vom 23. Februar 2016 (GBl. Vom 26. Februar 2016, S. 108), hat der Senat der Universität Heidelberg am 9. Mai 2017 die nachfolgende Satzung beschlossen.

Der Rektor hat seine Zustimmung am 26. Mai 2017 erteilt.

§ 1 Voraussetzungen der Zulassung

(1) Zum postgradualen Studiengang Rechtswissenschaft für außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes graduierte Juristen werden nur Bewerberinnen und Bewerber zugelassen, die den erfolgreichen Abschluss eines dem deutschen Rechtsstudium vergleichbaren und gleichwertigen juristischen Studiums an einer Hochschule außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes sowie die für Studium und Prüfung erforderlichen Kenntnisse der deutschen Sprache nachweisen.

(2) Der Nachweis der Deutschkenntnisse ist in einer der folgenden Formen zu führen:

1. Nachweis der an einer deutschen Hochschule abgelegten Deutschen Sprachprüfung für den Hochschulzugang (DSH-Prüfung) des höchsten Leistungsniveaus (DSH-3),
2. Nachweis der Testprüfung Deutsch als Fremdsprache (TestDaF) mit mindestens 19 Punkten, verteilt wie folgt: mindestens TestDaF-Niveaustufe (TDN) 5 in den Teilprüfungen Schriftlicher Ausdruck, Leseverstehen und Hörverstehen sowie mindestens TestDaF-Niveaustufe (TDN) 4 in der Teilprüfung mündlicher Ausdruck,
3. Nachweis des Kleinen Deutschen Sprachdiploms des Goethe-Instituts mit mindestens der Gesamtnote 2,0,
4. Nachweis des Großen Deutschen Sprachdiploms des Goethe-Instituts mit mindestens der Note „gut“,
5. Nachweis der Zentralen Oberstufenprüfung des Goethe-Instituts mit mindestens der Gesamtnote 2,0,
6. Nachweis des Goethe-Zertifikats C 2: Großes Deutsches Sprachdiplom des Goetheinstituts (ab 01.01.2012),
7. Nachweis des deutschen Sprachdiploms der Kultusministerkonferenz mit mindestens der Gesamtnote 2,0,
8. Nachweis der schriftlichen Abiturprüfung im Fach Deutsch im Abschlusszeugnis der Sekundarstufe mit mindestens der Note 2,0, sofern dies im Rahmen bilateraler Abkommen mit anderen Staaten vorgesehen ist,
9. Nachweis der schriftlichen Abschlussprüfung im Fach Deutsch in der Prüfung zur Feststellung der Eignung ausländischer Studienbewerber für die Aufnahme eines Studiums an den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland („Feststellungsprüfung“) mit mindestens der Note 2,0.

(3) Über die Befreiung von der Deutschen Sprachprüfung für den Hochschulzugang auf der Grundlage eines an einer ausländischen Hochschule abgeschlossenen, mindestens vierjährigen Studiums der Germanistik entscheidet das Akademische Auslandsamt im Einvernehmen mit dem Dekan der Juristischen Fakultät.

(4) Sofern einer der Nachweise der erforderlichen Deutschkenntnisse nach Absatz 1 Satz 1 bis zum Zeitpunkt der Immatrikulation an der Universität Heidelberg geführt wird, entfällt die Teilnahme an der Deutschen Sprachprüfung für den Hochschulzugang an der Universität Heidelberg.

(5) Sofern keiner der Nachweise der erforderlichen Deutschkenntnisse nach Absatz 1 Satz 1 bis zum Zeitpunkt der Immatrikulation an der Universität Heidelberg geführt wird, muss die Deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang an der Universität Heidelberg – DSH-Stufe 3 (Note befriedigend neues Notensystem) abgelegt werden.

§ 2 Form und Frist des Zulassungsantrags

(1) Das Zulassungsgesuch mit den Nachweisen ist schriftlich an die Universität Heidelberg zu richten.

(2) Dem Antrag sind amtlich beglaubigte Kopien oder Abschriften erworbener Hochschul- und Universitätszeugnisse einschließlich der dazu gehörigen Listen mit Einzelnoten pro Studiensemester oder –jahr beizufügen.

(3) Der Zulassungsantrag muss bis zum 15.1. für das folgende Sommersemester; bis zum 15.7. für das folgende Wintersemester bei der Universität eingegangen sein.

(4) Über das Vorliegen der Zulassungsvoraussetzungen entscheidet der Dekan. Die Entscheidung über die Zulassung trifft der Rektor.

(5) Erfolgreiche Absolventinnen und Absolventen der Schule des deutschen Rechts der Jagiellonen-Universität Krakau können am Postgradualen Studiengang zu den im Partnerschaftsabkommen zwischen der Juristischen Fakultät der Universität Heidelberg und der Juristischen Fakultät der Jagiellonen-Universität Krakau festgelegten Bestimmungen teilnehmen.

§ 3 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Mitteilungsblatt des Rektors in Kraft.

Heidelberg, den 26. Mai 2017

gez. Prof. Dr. Dr. h.c. Bernhard Eitel
Rektor

Zweite Satzung zur Änderung der Prüfungsordnung der Universität Heidelberg für den Bachelorstudiengang Sportwissenschaft

Aufgrund von § 32 des Gesetzes über die Hochschulen in Baden-Württemberg (Landeshochschulgesetz – LHG), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg und zur Änderung des Landeshochschulgesetzes vom 23. Februar 2016 (GBl. vom 26. Februar 2016, S. 108), hat der Senat der Universität Heidelberg am 9. Mai 2017 die nachstehende zweite Satzung zur Änderung der Prüfungsordnung für den Bachelorstudiengang Sportwissenschaft vom 27. Mai 2015 (Mitteilungsblatt des Rektors vom 26. Juni 2015, S. 641), zuletzt geändert am 28. September 2016 (Mitteilungsblatt des Rektors vom 28. September 2016, S. 799), beschlossen.

Der Rektor hat seine Zustimmung am 26. Mai 2017 erteilt.

Artikel 1

1. In § 3 wird Absatz 2 neu gefasst:

- „(2) Das Bachelorstudium ist modular aufgebaut und umfasst entweder
- a) ein Hauptfach mit einem Fachanteil von 50 % mit 74 LP kombiniert mit einem Fachanteil eines anderen Studienfaches im Umfang von 74 LP (1. bzw. 2. Hauptfach). Dazu kommen übergreifende Kompetenzen (ÜK) im Umfang von 20 LP und eine Bachelor-Arbeit mit 12 LP, die im 1. Hauptfach angefertigt wird. Die nach Maßgabe des Modulhandbuchs zu absolvierenden Module und zugehörigen Lehrveranstaltungen sind in der Anlage 1 aufgeführt; Anlage 2 zeigt einen empfohlenen Studienverlauf,

- b) ein Hauptfach mit einem Fachanteil von 75 % mit 113 LP kombiniert mit einem Begleitfach im Umfang von 35 LP, ÜK im Umfang von 20 LP und eine Bachelor-Arbeit mit 12 LP. Die nach Maßgabe des Modulhandbuchs zu absolvierenden Module und zugehörigen Lehrveranstaltungen sind in der Anlage 6 aufgeführt; Anlage 7 zeigt einen empfohlenen Studienverlauf,
- c) ein Begleitfach mit einem Fachanteil von 25 % mit 35 LP kombiniert mit einem anderen Studienfach als Hauptfach, ÜK und einer Bachelor-Arbeit, die im Hauptfach angefertigt wird. Die nach Maßgabe des Modulhandbuchs zu absolvierenden Module und zugehörigen Lehrveranstaltungen des Begleitfachs sind in der Anlage 8 aufgeführt; Anlage 9 zeigt einen empfohlenen Studienverlauf.

Das Studium umfasst eine Ausbildung in der sportwissenschaftlichen Theorie, in Forschungsmethoden, in der Theorie und Praxis des Sports sowie in der Fachdidaktik (nur Hauptfach 50 %). Der Bereich der Theorie und Praxis des Sports gliedert sich in verschiedene Sport- und Bewegungsfelder sowie sportartübergreifende Veranstaltungen. Anlage 3 benennt die erforderlichen Veranstaltungen im Bereich der ÜK.”

- 2. In § 3 wird in Absatz 5 in Satz 1 die Zahl „22“ in die Zahl „23“ geändert.
- 3. In § 7 Absatz 6, wird Satz 2 wie folgt neu gefasst:
„Außerhalb des Hochschulstudiums erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten dürfen höchstens 50 % des Hochschulstudiums ersetzen. Die Abschlussarbeit ist von der Anerkennung ausgenommen. Wenn für die Anerkennung bestimmter Kenntnisse und Fähigkeiten erforderliche einzelne Leistungen fehlen, kann der Prüfungsausschuss eine Einstufungsprüfung vornehmen.“

4. In § 15 wird Absatz 2 neu gefasst:

„Für die Zulassung zur Bachelor-Arbeit sind Bescheinigungen vorzulegen über die erfolgreich bestandenen Module und Lehrveranstaltungen

- a) im Hauptfach (50 %) aus dem Fach Sportwissenschaft im Umfang von mindestens 62 Leistungspunkten,
- b) im Hauptfach (75 %) aus dem Fach Sportwissenschaft im Umfang von mindestens 95 Leistungspunkten, aus dem Bereich der Übergreifenden Kompetenzen im Umfang von 20 Leistungspunkten und aus dem Begleitfach im Umfang von mindestens 30 Leistungspunkten.“

5. In § 15 wird Absatz 3 ergänzt:

„(3) Die mündliche Abschlussprüfung im Hauptfach (75 %) kann erst abgelegt werden, wenn die Bachelor-Arbeit abgegeben wurde.“

6. § 17 wird wie folgt neu gefasst:

„§ 17 Umfang und Art der Prüfung

Die Bachelor-Prüfung im Studiengang Sportwissenschaft besteht aus

1. der erfolgreichen Teilnahme an den in der Anlage 1 (für das Hauptfach 50 %) oder an den in der Anlage 6 (für das Hauptfach 75%) aufgeführten und gekennzeichneten Modulen und Lehrveranstaltungen,
2. der mündlichen Abschlussprüfung (im Hauptfach 75 %) und
3. der Bachelor-Arbeit (im Hauptfach 75 % und im Hauptfach 50 %, sofern Sportwissenschaft 1. Hauptfach ist).“

7. Es wird ein neuer § 20 wie folgt ergänzt:

„§ 20 Mündliche Abschlussprüfung

- (1) Die mündliche Abschlussprüfung wird im Hauptfach (75 %) durchgeführt und im prüfungsbegleitenden Modul mit 6 Leistungspunkten bewertet.
- (2) Die mündliche Abschlussprüfung wird vor zwei Prüfern oder einem Prüfer und einem Beisitzer als Einzelprüfung abgelegt. In dieser Prüfung soll der Prüfling nachweisen, dass er einen guten Überblick über das Fach hat und die Zusammenhänge des Prüfungsgebietes erkennt.

Die mündliche Abschlussprüfung besteht aus drei gewählten Schwerpunkten aus den Bereichen „Bildung und Erziehung“, „Bewegung und Training“, „Individuum und Gesellschaft“, „Sportmedizin“ oder „Gesundheit“.

(3) Die Prüfung dauert etwa 30 Minuten.

(4) Für die mündliche Abschlussprüfung gilt:

1. Sie muss spätestens acht Monate nach dem Beginn der Bachelor-Arbeit absolviert werden, wenn die Bachelor-Arbeit vor dem Ablegen der letzten studienbegleitenden Prüfungsleistung angefangen wird.
2. Sie muss spätestens innerhalb von drei Wochen erfolgen, nachdem die Bachelor-Arbeit abgegeben und die letzte studienbegleitende Prüfungsleistung abgeschlossen wurde.

Bei Versäumen einer dieser Fristen gilt die fehlende mündliche Abschlussprüfung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, es sei denn, der Prüfling hat die Fristüberschreitung nicht zu vertreten.

(5) Studierende, die sich zu einem späteren Prüfungstermin der gleichen Fachprüfung unterziehen wollen, können nach Maßgabe der vorhandenen Plätze als Zuhörende zugelassen werden. Die Zulassung erstreckt sich nicht auf die Beratung und die Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse. Auf Antrag des Prüflings oder aus wichtigen Gründen ist die Öffentlichkeit auszuschließen.“

Durch die Einfügung wird die Nummerierung der bisherigen §§ 20-25 in §§ 21-26 geändert.

8. In der Bezeichnung der Anlagen 1 und 2 wird hinter dem Begriff „Sportwissenschaft“ jeweils der Zusatz „(Hauptfach 50 %)“ ergänzt.

9. In Anlage 3, Ziffer 1, wird in Satz 1 hinter dem Begriff „Bachelorstudium“ und bei Ziffer 2, in Satz 1 hinter dem Begriff „Studiengang Sportwissenschaft“ jeweils der Zusatz „(Hauptfach 50 %)“ ergänzt.

10. In Anlage 3 wird eine Ziffer 3 ergänzt:

„(3) Studierende, die einen Masterabschluss im Bereich der Sportwissenschaft oder anderen verwandten Gebieten anstreben (M.A., M.Sc.), belegen im Studiengang Sportwissenschaft (Hauptfach 75 %) Veranstaltungen aus dem Bereich der ÜK im Umfang von 20 LP. Dazu zählen:

- a. Übung zu „Arbeits- und Studientechniken“ (1 LP),
- b. Sprachkurs Englisch oder andere Angebote des Zentralen Sprachlabors: bis zu 4 LP (2 LP je Sprachkurs),
- c. Schlüsselkompetenzen: bis zu 4 LP (2 LP je Veranstaltung),
- d. Besuch wissenschaftlicher Fachtagungen / Kongresse (einschl. schriftlicher Bericht über die Teilnahme): bis zu 2 LP,
- e. Besuch wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen / Labore (einschl. schriftlicher Bericht über den Besuch): bis zu 2 LP,
- f. Berufsfeldbezogene Praktika (einschl. Bericht) im Umfang von insgesamt 13 LP“.

11. Die Anlagen zur Prüfungsordnung werden um die Anlagen 6 („Studiengang Sportwissenschaft (Hauptfach 75 %) mit den Lehrveranstaltungen und den Leistungspunkten (LP)“), 7 („Studiengang Sportwissenschaft (Hauptfach 75 %) (empfohlener Studienverlauf)“), 8 („Studiengang Sportwissenschaft (Begleitfach 25 %) mit den Lehrveranstaltungen und den Leistungspunkten (LP)“) und 9 („Studiengang Sportwissenschaft (Begleitfach 25 %) (empfohlener Studienverlauf)“) ergänzt.

Artikel 2

Die vorstehenden Änderungen treten am ersten Tag des auf die Veröffentlichung im Mitteilungsblatt des Rektors folgenden Monats in Kraft.

Für Studierende, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Prüfungsordnung bereits an der Universität Heidelberg für den Bachelorstudiengang „Sportwissenschaft mit Schwerpunkt Prävention und Rehabilitation“ eingeschrieben sind, gelten noch bis zu drei Jahre die bisherigen Regelungen.

Heidelberg, den 26. Mai 2017

gez. Prof. Dr. Dr. h.c. Bernhard Eitel
Rektor

Anlage 6: Studiengang Sportwissenschaft (Hauptfach 75 %) mit den Lehrveranstaltungen und den Leistungspunkten (LP)

Modul		Lehrveranstaltungen	SWS	LP	LP Modul
1	Bildung und Erziehung	V „Sport und Erziehung“	2	3	8
		PS „Sport und Erziehung“	2	3	
		Ü „Integrative Sportspielvermittlung und Kleine Spiele“ (ISV)	2	2	
2	Bewegung und Training	V „Bewegung und Training“	2	3	8
		PS „Bewegung und Training“	2	3	
		Ü „Schulung mot. Fähigkeiten, Fitness u. Gesundheit“ (SMF)	2	2	
3	Individuum und Gesellschaft	V „Sport, Individuum & Gesellschaft“	2	3	9
		PS „Sport, Individuum und Gesellschaft“	2	3	
		PS „Grundlagen von Organisation und Management im Sport“	2	3	
4	Sportmedizin	V „Sportmedizin, Teil 1“	2	3	6
		V „Sportmedizin, Teil 2“	2	3	
5	Gesundheit	V „Sport und Gesundheit“	2	3	9
		V Funktionelle Anatomie	2	3	
		PS Bewegungstherapie	2	3	
6	Sportwissenschaftliche Arbeits- u. Forschungsmethoden	V „Empirische Forschungsmethoden und Statistik“ (FoSt)	2	3	5
		Ü „Forschungsmethoden / Statistik“ (FoSt)	2	2	
7	Theorie und Praxis des Sports – Gestalten und Präsentieren	PxS „Tanzen, Gestalten, Darstellen – Gymnastik/Tanz“	3	3	6
		PxS „Turnen an Geräten und Bewegungskünste – Gerätturnen“	3	3	
8	Theorie und Praxis des Sports – Gesundheit und Leistung	PxS „Laufen, Springen, Werfen – Leichtathletik“	3	3	6
		PxS „Bewegen im Wasser – Schwimmen“	3	3	
9	Theorie und Praxis des Sports – Wurfspiele	z.B. PxS „Basketball“	3	3	6
		z.B. PxS „Handball“	3	3	
10	Theorie und Praxis des Sports – Tor-schuss- und Rück-schlagspiele	z.B. PxS „Fußball“	3	3	6
		z.B. PxS „Volleyball“	3	3	
11	Theorie und Praxis des Sports – Wahlfächer	Zwei Ü nach freier Wahl aus dem Angebot (WF – A)	2	2	8
		Ü nach freier Wahl aus dem Angebot (WF – B)	2	2	
		Exkursion od. Ü nach freier Wahl aus dem Angebot (WF – B)	1 / 2	2	
12	Sportwissenschaftliche Profilbildung	HS aus dem Gebiet „Bildung und Erziehung“	2	4	12
		HS aus dem Gebiet „Bewegung und Training“	2	4	
		HS aus dem Gebiet „Individuum und Gesellschaft“	2	4	

13	Sportwissenschaftliche Spezialisierung	Zwei HS oder ein PJS aus den Gebieten der Module (1-5)	2	4	8
			2	4	
14	Theorie und Praxis des Sports – Schwerpunkt	Ü Schwerpunktfach (Wahl Sportart aus Modul 7 / 8)	3	3	9
		Ü Schwerpunktfach (Wahl Sportart aus Modul 9 / 10)	3	3	
		Ü Schwerpunktfach (Wahl Sportart aus Modul 7-11)	3	3	
15	Prüfungsbegleitendes Modul	Sportwissenschaftliches Kolloquium	1	1	7
		Mündliche Prüfung		6	
					113

ÜK1	Berufsfeldbezogene Kompetenzen	Arbeits- und Studientechniken	1	1	7
		Sprachkurs Englisch (oder andere Fremdsprache)	2	2	
		Wissenschaftliches Schreiben	2	2	
		Veranstaltung aus dem Bereich der SLK nach freier Wahl	2	2	
ÜK2	Berufsfeldbezogene Praktika	Praktikum 1		6,5	13
		Praktikum 2		6,5	
					20

	Bachelor-Arbeit				12
--	------------------------	--	--	--	-----------

Anlage 7: Studiengang Sportwissenschaft (Hauptfach 75 %) (empfohlener Studienverlauf)

Sem	Sportwissenschaftliche Theorie	SWS	LP	Theorie & Praxis des Sports	SWS	LP	Forschungsmethoden & ÜK	SWS	LP	Ges LP
1	Modul 1, V	2	3	Modul 1, Ü ISV	2	2	Modul 6, V FoSt	2	3	25
	Modul 1, PS	2	3	Modul 11, WF 1	2	2	Modul 6, Ü FoSt	2	2	
	Modul 4, V Teil 1	2	3	Modul 8, Teil 1	3	3	ÜK 1, ASTU	1	1	
	Modul 5, V SuG	2	3							
2	Modul 2, V	2	3	Modul 2, Ü SMF	2	2				26,5
	Modul 2, PS	2	3	Modul 7, Teil 1	3	3				
	Modul 5, PS	2	3	Modul 8, Teil 2	3	3				
				Modul 9, Teil 1	3	3	ÜK 2		6,5	
3	Modul 3, V	2	3	Modul 7, Teil 2	3	3	ÜK 1		2	25
	Modul 3, PS	2	3	Modul 9, Teil 2	3	3				
	Modul 3, PS	2	3	Modul 10, Teil 1	3	3				
	Modul 5, V FA	2	3	Modul 11, EX	1	2				
4	Modul 12, HS 1	2	4	Modul 10, Teil 2	3	3				25,5
	Modul 12, HS 2	2	4	Modul 14, SPF 1	3	3				
	Modul 4, V Teil 2	2	3	Modul 11, WF 2	2	2	ÜK 2		6,5	
5	Modul 12, HS 3	2	4	Modul 14, SPF 2	3	3	ÜK 1		2	20
	Modul 13, HS 1	2	4	Modul 14, SPF 3	3	3	ÜK 1		2	
				Modul 11, WF 3	2	2				
6	Modul 13, HS 2	2	4							23
	Kolloquium	1	1							
	Mündliche Prüfung		6							
	Bachelor-Arbeit		12							
Gesamt										145

Abkürzungen:

V = Vorlesung
 PS = Proseminar
 HS = Hauptseminar
 PJS = Projektseminar
 K = Kolloquium

Ü = Übung
 PxS = Praxisseminar
 SPF = Schwerpunktfach
 WF = Wahlfach
 EX = Exkursion

LP = Leistungspunkte
 SWS = Semesterwochenstunden

Anlage 8: Studiengang Sportwissenschaft (Begleitfach 25 %) mit den Lehrveranstaltungen und den Leistungspunkten (LP)

Modul		Lehrveranstaltungen	SWS	LP	LP Modul
1	Bildung und Erziehung	V „Sport und Erziehung“	2	3	6
		PS „Sport und Erziehung“	2	3	
<u>oder</u>					
	Individuum und Gesellschaft	V „Sport, Individuum & Gesellschaft“	2	3	6
		PS „Sport, Individuum und Gesellschaft“	2	3	
2	Bewegung und Training	V „Bewegung und Training“	2	3	6
		PS „Bewegung und Training“	2	3	
3	Gesundheit	V „Sport und Gesundheit“	2	3	6
		PS Bewegungstherapie	2	3	
4	Sportwissenschaftliche Arbeits- u. Forschungsmethoden	V „Empirische Forschungsmethoden und Statistik“ (FoSt)	2	3	5
		Ü „Forschungsmethoden / Statistik“ (FoSt)	2	2	
5	Theorie und Praxis des Sports – Grundlagen	Ü „Schulung mot. Fähigkeiten, Fitness u. Gesundheit“ (SMF)	2	2	6
		Ü „Integrative Sportspielvermittlung und Kleine Spiele“ (ISV)	2	2	
		Ü nach freier Wahl aus dem Angebot (WF A oder B)	2	2	
6	Theorie und Praxis des Sports – Gestalten und Präsentieren	PxS „Tanzen, Gestalten, Darstellen – Gymnastik/Tanz“	3	3	6
		PxS „Turnen an Geräten und Bewegungskünste – Gerätturnen“	3	3	
<u>oder</u>					
	Theorie und Praxis des Sports – Gesundheit u. Leistung	PxS „Laufen, Springen, Werfen – Leichtathletik“	3	3	6
		PxS „Bewegen im Wasser – Schwimmen“	3	3	
<u>oder</u>					
	Theorie und Praxis des Sports – Wurfspiele	z.B. PxS „Basketball“	3	3	6
		z.B. PxS „Handball“	3	3	
<u>oder</u>					
	Theorie und Praxis des Sports – Tor-schuss- und Rück-schlagspiele	z.B. PxS „Fußball“	3	3	6
		z.B. PxS „Volleyball“	3	3	
					35

Anlage 9: Studiengang Sportwissenschaft (Begleitfach 25 %) (empfohlener Studienverlauf)

Sem	Sportwissenschaftliche Theorie	SWS	LP	Theorie & Praxis des Sports	SWS	LP	Forschungsmethoden	SWS	LP	Ges LP
1	Modul 1, V	2	3							6
	Modul 1, PS	2	3							
2				Modul 5, Ü ISV	2	2				5
				Modul 6, Teil 1	3	3				
3							Modul 4, V FoSt	2	3	5
							Modul 4, Ü FoSt	2	2	
4	Modul 2, V	2	3							6
	Modul 2, PS	2	3							
5	Modul 3, V	2	3	Modul 5, Ü SMF	2	2				8
				Modul 6, Teil 2	3	3				
6	Modul 3, PS	2	3	Modul 5, WF	2	2				5
Gesamt										35

Abkürzungen:

V = Vorlesung
 PS = Proseminar

Ü = Übung
 PxS = Praxisseminar
 WF = Wahlfach

LP = Leistungspunkte
 SWS = Semesterwochenstunden

512

Universität Heidelberg
Mitteilungsblatt Nr. 7 / 2017
29.06.2017

Ordnung zur Regelung der Zusatzqualifikation „Informations- und Medienkompetenz“ an der Heidelberg School of Education

vom 16. Mai 2017

Aufgrund von § 32 des Gesetzes über die Hochschulen in Baden-Württemberg (Landeshochschulgesetz – LHG), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg und zur Änderung des Landeshochschulgesetzes vom 23. Februar 2016 (GBl. vom 26. Februar 2016, S. 108), hat der Senat der Universität Heidelberg am 9. Mai 2017 und der Senat der Pädagogischen Hochschule am 19. April 2017 die nachfolgende Satzung beschlossen.

Der Rektor der Universität Heidelberg hat am 16. Mai 2017 und der Rektor der Pädagogischen Hochschule hat am 19. April 2017 seine Zustimmung erteilt.

Präambel:

Die Heidelberg School of Education (HSE) ist eine hochschulübergreifende wissenschaftliche Einrichtung der Universität Heidelberg und der Pädagogischen Hochschule Heidelberg im Sinne von § 6 Abs. 4 des Landeshochschulgesetzes. Die vorliegende Satzung dient zur Regelung der Zusatzqualifikation „Informations- und Medienkompetenz“ an der Heidelberg School of Education.

§ 1 Gegenstand und Ziele der Zusatzqualifikation

(1) Die Zusatzqualifikation „Informations- und Medienkompetenz“ ist ein fächerübergreifendes, extracurriculares Angebot der Heidelberg School of Education ausschließlich für Studierende der polyvalenten Bachelorstudiengänge mit Lehramtsoption sowie für Studierende des Bachelorstudiengangs Gerontologie, Gesundheit und Care an der Universität Heidelberg und der lehramtsbezogenen Bachelorstudiengänge der Pädagogischen Hochschule Heidelberg. Die Zusatzqualifikation kann auch von Lehrkräften aller Schularten absolviert werden.

(2) Gegenstand der Zusatzqualifikation „Informations- und Medienkompetenz“ sind Lehrveranstaltungen aus dem Bereich der Medienpädagogik sowie der Informatik und Informationswissenschaft. Gemäß des heiEDUCATION-Konzepts verschränken die im Rahmen der Zusatzqualifikation angebotenen Lehrveranstaltungen fachwissenschaftliche, fachdidaktische und methodische Elemente und Ansätze aus den genannten Bereichen.

(3) Ziel der Zusatzqualifikation „Informations- und Medienkompetenz“ ist die Vermittlung und Vertiefung von Kompetenzen im Bereich Medien und Information sowie der Fähigkeiten, diese Kompetenzen wiederum bei Schüler/innen zu fördern und digitale Medien im Schulalltag aktiv einsetzen zu können.

§ 2 Organisation und Aufbau

- (1) Die Zusatzqualifikation ist modular aufgebaut und umfasst drei Bausteine. Der Umfang der Zusatzqualifikation beträgt insgesamt 15 ECTS-Punkte (LP).
- (2) Die einzelnen Elemente der Zusatzqualifikation bestehen aus den folgenden Lehrveranstaltungen plus Prüfungsleistungen:
 1. Einführungsveranstaltung (Basisbaustein), angeboten als Blended-Learning-Veranstaltung (2 LP),
 2. drei Lehrveranstaltungen aus den Vertiefungsbausteinen Informatik, Neue Medien in den Fächern und Medienkompetenz (Wahlpflichtbaustein) (je 3 LP),
 3. Projektseminar und abschließende Prüfung (4 LP) (Projektbaustein).
- (3) Die Einführungsveranstaltung des Basisbausteins muss verpflichtend als erste Veranstaltung absolviert werden. Die Studierenden haben jedoch die Möglichkeit bereits ergänzend eine Veranstaltung aus dem Wahlpflichtbereich zu besuchen. Die Wahlpflichtveranstaltungen können aus einem, zwei oder allen Vertiefungsbausteinen gewählt werden. Diese Entscheidung obliegt den Studierenden je nach individueller Schwerpunktsetzung. Als Zugangsvoraussetzung für das abschließende Projektseminar müssen bereits die Einführungsveranstaltung sowie mindestens zwei Wahlpflichtveranstaltungen absolviert worden sein.
- (4) Die Teilnehmerzahl an den Lehrveranstaltungen im Rahmen der Zusatzqualifikation ist begrenzt. Eine Anmeldung ist erforderlich.

§ 3 Prüfung und Zertifikat

(1) Die Zusatzqualifikation wird durch die bestandenen Leistungsnachweise zu den einzelnen unter § 2 Abs. 2 Nr. 1 bis Nr. 3 genannten Bestandteilen absolviert. Die im Einzelnen zu erbringenden Leistungsnachweise sowie die für die Zusatzqualifikation belegbaren Lehrveranstaltungen aus dem Wahlpflichtbereich sind im „Modulhandbuch zur Zusatzqualifikation Informations- und Medienkompetenz“ geregelt.

(2) Die Prüfungen werden mit „bestanden“ bzw. „nicht bestanden“ abgeschlossen.

(3) Alle Prüfungen der Zusatzqualifikation können jeweils zweimal wiederholt werden.

(4) Bei erfolgreichem Abschluss erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein „HSE-Zertifikat Informations- und Medienkompetenz“, das von der Heidelberg School of Education ausgestellt wird. Für das Absolvieren aller für das Zertifikat notwendigen Bausteine wird ein Zeitraum von mindestens zwei Semestern benötigt.

(5) Sofern in dieser Satzung nichts Abweichendes bestimmt ist, gilt im Übrigen für das allgemeine Prüfungsverfahren sowie für alle sonstigen prüfungsrechtlichen Fragestellungen die Prüfungsordnung des Bachelorstudiengangs Bildung im Sekundarbereich (Bezug Lehramt Sekundarstufe I) an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg in der jeweils gültigen Fassung.

517

Universität Heidelberg
Mitteilungsblatt Nr. 7 / 2017
29.06.2017

§ 4 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Mitteilungsblatt des Rektors in Kraft. Sie gilt erstmals für das Sommersemester 2017.

Heidelberg, den 16. Mai 2017

Heidelberg, den 19. April 2017

gez. Prof. Dr. Dr. h.c. Bernhard Eitel
Rektor

gez. Prof. Dr. Hans-Werner Huneke
Rektor

518

Universität Heidelberg
Mitteilungsblatt Nr. 7 / 2017
29.06.2017

KONTAKT

Universitätsverwaltung
Gremien und Wahlen
Seminarstraße 2
69117 Heidelberg

Tel. +49 6221 54-12120
alexandra.ernst@zuv.uni-heidelberg.de